

Bekanntmachung

Planfeststellung für den Ersatzneubau der Talbrücken Bechlingen und Bornbach mit 6-streifigem Ausbau im Zuge der A 45 von Betr. - km 158,750 bis Betr.- km 161,563 - in den Gemarkungen Aßlar, Bechlingen und Werdorf der Stadt Aßlar

-Anhörungsverfahren-

Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement, Standort Dillenburg, hat für das o. a. Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens beantragt.

Für das Vorhaben besteht eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in der

Stadt Aßlar:

Gemarkung Aßlar, Flur 3, 5, 6, 7, 8, 22, 23, 24, 25, 26, 28; verschiedene Grundstücke
Gemarkung Bechlingen, Flur 14; verschiedene Grundstücke
Gemarkung Bermoll, Flur 5, verschiedene Grundstücke
Gemarkung Werdorf, Flur 14, 35; verschiedene Grundstücke

Stadt Gießen:

Gemarkung Gießen, Flur 47, 48; verschiedene Grundstücke

Stadt Wetzlar:

Gemarkung Münchholzhausen, Flur 16; verschiedene Grundstücke

beansprucht.

Der Plan (3 Ordner mit Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit vom

02. Oktober 2017 bis 01. November 2017

in der

**Stadtverwaltung Aßlar,
Mühlgrabenstraße 1, 2. Stock, Zimmer 300,
35614 Aßlar**

während der Dienststunden von

montags	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr,
dienstags	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr,
mittwochs	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr,
donnerstags	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr,
freitags	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Zudem wird der Plan im Internet auf der Homepage der Anhörungsbehörde unter dem Link: https://rp-giessen.hessen.de/presse/öffentliche_bekanntmachungen veröffentlicht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27a Abs. 1 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz, HVwVfG).

1. Jeder kann bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum **01. Dezember 2017**, bei dem Regierungspräsidium Gießen (Anhörungsbehörde), Landgraf-Philipp-Platz 1-7, 35390 Gießen oder bei der Stadtverwaltung Aßlar, Mühlgrabenstraße 1, 35614 Aßlar, Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.
Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind Einwendungen ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 HVwVfG). Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen sind nach Ablauf dieser Frist ebenfalls ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 Satz 5 HVwVfG). Der Einwendungsausschluss beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf Schutzgüter nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) beziehen, nur auf dieses Verwaltungsverfahren. Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.
2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 HVwVfG von der Auslegung des Plans.
3. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der rechtzeitig erhobenen Stellungnahmen und Einwendungen verzichten (§ 17 a Nr. 1 Bundesfernstraßengesetz, FStrG).

Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 HVwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Vom Beginn der Auslegung des Plans treten die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).
8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,
 - dass die für das Verfahren zuständige Behörde das Regierungspräsidium Gießen und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung ist,
 - dass über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
 - dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten (siehe z.B. Unterlagen Nr. 17, Immissionstechnische Untersuchungen: Schalltechnische Untersuchungen, Luftschadstoffuntersuchungen, Nr. 19 Umweltfachliche Untersuchungen: u.a. Landschaftspflegerischer Begleitplan, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Waldflächenbilanz, Bestands- und Konfliktpläne, FFH-Verträglichkeitsprüfung, Nr. 21 Sonstige Gutachten: u.a. Flora-Fauna-Gutachten) und
 - dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gem. §§ 18, 19 ff. UVPG ist.

Regierungspräsidium Gießen
Landgraf-Philipp-Platz 1-7
35390 Gießen
Az.: RPGI-33-66j0400/5-2017/4-2017/253551

Wird bekannt gemacht:

Magistrat der Stadt Aßlar
gez. Esch, Bürgermeister